

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTUMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 18. Dezember 1969

Blatt 3733

Wirtschaftsschwerpunkt: Marktkonzept
=====

7. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten.

Referent Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP).

Einnahmen 139,996.500 Schilling, Ausgaben 439,949.800 Schilling.

Wien, 18.12. (RK) Die kürzliche Eröffnung des Blumengroßmarktes in Inzersdorf bezeichnete Stadtrat Dr. Prutscher als den "ersten Pfeiler des Marktkonzeptes". Die technischen Kinderkrankheiten seien schon beinahe überwunden, die Verkehrsversorgung mittels Autokus dürfte unmittelbar bevorstehen. Etwa ein Viertel der Kundschaften dieses Marktes benützt nämlich die öffentlichen Verkehrsmittel.

Für den Großmarkt Wien-Inzersdorf sind 91 Millionen Schilling für Planung und Neubau vorgesehen. Stadtrat Prutscher berichtete, daß dort vor kurzer Zeit das letzte strittige Grundstück in den Besitz der Stadt Wien übergegangen ist. Dem Baubeginn steht fast nichts mehr im Wege, und bei entsprechendem Tempo könnte bereits in zwei Jahren der Großmarkt vom Naschmarkt nach Inzersdorf übersiedeln. Der Stadtrat wies darauf hin, daß hier immer wieder gegen die Irrmeinung angekämpft werden müsse, auch der Detailmarkt solle nach Inzersdorf verlegt werden. In Wirklichkeit solle auf dem Naschmarkt ein "autogerechter Detailmarkt" mit 450 Parkplätzen entstehen.

./.

Dr. Prutscher behandelte auch die Verkehrssituation: Die beiden Großmärkte Inzersdorf und St. Marx werden durch nicht mehr als 7,5 Kilometer Autobahn voneinander getrennt sein, somit nur durch zehn Auto-Minuten. Man werde vermutlich weniger Zeit für diese Entfernung benötigen als jetzt zu Zeiten der Verkehrsspitze vom Naschmarkt zur Großmarkthalle.

Die zentralen Anlagen in St. Marx befinden sich derzeit im Stadium des Baues von Kühlblock und Markthalle. Die beiden Objekte sollen nach dem Zeitplan in der ersten Februarwoche im Rohbau fertig sein. Innenausstattung und -einrichtung müßten bis Ende 1970 zu bewältigen sein. Das wäre dann auch der Zeitpunkt für die Räumung der Großmarkthalle. Allerdings wäre dafür noch ein Zusatzkredit von 150 Millionen Schilling notwendig. In diesem Zusammenhang ging der Referent auch auf die Frage ein, warum die beiden Anlagen (Inzersdorf und St. Marx) nicht an ein und demselben Platz errichtet worden seien: Diese Lösung hätte die Baukosten um eine halbe Milliarde Schilling hinaufgetrieben.

Für offene Märkte und Markthallen ist ein Betrag von 1,870.000 Schilling bereitgestellt. Was dafür geleistet wird, wird zwar nicht besonders ins Auge fallen, ist aber sehr wichtig: Durch die Errichtung und Instandsetzung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen soll auf den Wiener Märkten ein Zustand herbeigeführt werden, der den wesentlichsten sanitären Forderungen entspricht. Allerdings wäre für eine komplette Sanierung ein weit höherer Betrag nötig - etwa 20 Millionen Schilling.

Die Schaffung des Air-Terminals an der Landstraße hat auch offene Fragen des dortigen Detailmarktes für Fleisch und Lebensmittel mit sich gebracht. Stadtrat Prutscher teilte mit, es habe sich Übereinstimmung ergeben, daß der Markt erhalten bleiben solle. Keine Einigung sei allerdings bisher darüber erzielt worden, welcher Standort ihm im einzelnen zuzuweisen sei.

Der Stadtrat stellte allerdings fest, daß die Freude über das neue Fleischzentrum in St. Marx durch "handfeste Sorgen" hinsichtlich der wirtschaftlichen Gestaltung getrübt sei.

Er führte dazu unter anderem die Zahlen über den Rückgang der Schlachtungen von 1968 auf 1969 an. Dieser Rückgang beläuft sich in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres bei Schweinen auf rund 30.000 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres, bei Rindern zeigt sich eine ähnliche Tendenz.

Für den Viehmarkt sieht die Entwicklung nicht viel besser aus: Die Wochendurchschnittswerte bei den Schweinen haben sich um 15,6 Prozent verringert, der Rindermarkt hat noch stärker abgenommen (16,2 Prozent). Stadtrat Prutscher meinte dazu, es sei falsch, das Problem so zu sehen, als werde hier Geld hinausgeworfen, indem man bei sinkenden Umsätzen ein neues Fleischzentrum errichte. Einerseits könne durchaus das ehrwürdige Alter der jetzigen Einrichtungen Ursache sinkender Umsätze sein, andererseits solle das neue Zentrum Kristallisationskern für Industrie, Gewerbe und Handel werden. Allerdings: Durch Zeitversäumnisse bei der Planung sei es möglich geworden, daß inzwischen andere Konkurrenten auf den Plan traten. Eine große Schlachthanlage sei in Niederösterreich in Bau, viele kleine Betriebe des Umlandes hätten ihre Anlagen ausgebaut und modernisiert.

Es komme also zunächst darauf an, für das Fleischzentrum vorerst den derzeitigen Benutzerstand zu halten. Grundsatz der Führung des Fleischzentrums müsse jedenfalls das gemeinsame Interesse der Stadt Wien und der Benutzer am wirtschaftlichen Erfolg sein.

Zur Bedeutung der beiden Einkaufsabteilungen des Magistrats (Baustoffbeschaffung und Beschaffungsamt), erklärte Stadtrat Prutscher, diese sei größer, als sie aus den Budgetansätzen hervorgehe: Die Baustoffbeschaffung sei im Voranschlag mit rund 23 Millionen enthalten, habe aber allein in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres etwa 235 Millionen Schilling Umsatz gehabt. Auch beim Beschaffungsamt täusche der Ansatz von rund 41 Millionen: Der Umsatz habe dort vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1969 etwa 240 Millionen Schilling betragen.

Eine sehr stark steigende Post seien die "Raum- und Hauskosten" bei verschiedenen Abteilungen. Die meisten Abteilungen der Verwaltungsgruppe XII seien vor kurzem in das neue Amtshaus

Am Modenapark übersiedelt. Dort betrage die Miete pro Quadratmeter und Monat nicht weniger als 85,25 Schilling. Dabei würden die Kosten für Beheizung und Bürorreinigung noch gesondert berechnet. Diese Ausgaben, die ja nicht unmittelbar mit der Tätigkeit der Abteilung zu tun haben, erhöhen sich also für die Magistratsabteilungen 21, 54, 59 und 60 von etwa 164.000 Schilling im Jahre 1969 auf rund 3,7 Millionen im Jahre 1970.

Zum Stadtforstamt erklärte der Referent, das Sorgenkind dieser Abteilung sei die Lobau, deren Erholungswert in den letzten Jahren abgenommen habe. Eine Sanierung sei dringendst erforderlich. Das Nichtvorhandensein sanitärer Einrichtungen könnte sogar einmal das Risiko mit sich bringen, daß die Wasserverschmutzung die Trinkwasserversorgung gefährde.

Für den Wienerwald könnte die "Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung der Laubwälder" im Landwirtschaftsministerium nützlich werden. Stadtrat Prutscher erklärte, er habe angeregt, in diese Arbeitsgemeinschaft einen Vertreter der Stadt Wien zu entsenden. Tatsächlich habe an der ersten Sitzung bereits ein Vertreter des Forstamtes teilgenommen. Man werde an eine Bestandsaufnahme gehen, die die Erstellung eines Wienerwaldplanes möglich machen solle. Zwar besitze die Stadt Wien nur rund 1,5 Prozent des Wienerwaldes, aber das Interesse der Wiener an diesem Erholungsgebiet sei eminent.

- - -

Ein Minibudget, aber viel legistische Arbeit
=====7. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe XIII, Verschiedene Rechtsangelegenheiten.
Referent Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP).
Einnahmen 0, Ausgaben 297.000 Schilling.

Wien, 18. 12. (RK) Im ersten Bericht der neugebildeten Geschäftsgruppe XIII gab Stadtrat Dr. Krasser einen umfassenden Tätigkeitsbericht aus dem Rechtsbereich der Stadtverwaltung. Sieben Rechtsabteilungen befassen sich teils mit administrativer, teils mit vorbereitender Arbeit auf **legislativem** Gebiet.

Der ~~General~~redner der Freiheitlichen hatte sich über diese Geschäftsgruppe mit dem kleinsten Budget lustig gemacht. Der Stadtrat gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der Redner - selbst ein Jurist, Beamter des Finanzamtes - den Wert der geistigen Leistung so gering schätzt, daß er die Verwaltungsgruppe XIII nur nach den Kosten für die Rattenbekämpfung und die Bergung von Wasserleichen bewertet. Tatsächlich steht die effektive Bedeutung der zu dieser Verwaltungsgruppe ressortierenden sieben Magistratsabteilungen zu ihrem Minibudget in krassem Gegensatz.

Im Bevölkerungswesen (MA 61) wurde durch eine Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes jener Abschnitt des Personenstandsgesetzes aufgehoben, wonach abgeschlossene Eintragungen in den Personenstandsbüchern in den nicht besonders geregelten Fällen nur auf Anordnung der Gerichte berichtet werden konnten. Die auf diese Weise den Gerichten entzogene Befugnis wurde mit Bundesgesetz vom 22. Jänner 1969 den Bezirksverwaltungsbehörden, in Wien dem Magistrat, übertragen.

In Wien wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 1969 20.203 Geburten, 12.429 Eheschließungen und 26.010 Sterbefälle verzeichnet. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt ein leichtes Absinken der Zahlen, und zwar bei den Sterbefällen um 0,1 Prozent, bei den Eheschließungen um 4,7 Prozent und bei den Geburten um 5,6 Prozent.

Zieht man jedoch die Ziffern des Jahres 1955, des ersten Nachkriegsjahres, in dem Wien seinen heutigen Gebietsumfang erhielt, zum Vergleich heran, dann übertrifft die Zahl der Geburten des heurigen Jahres die des Vergleichsjahres um 53,3 Prozent; die Zahl der Sterbefälle liegt um 15,1 Prozent, die der Eheschließungen um 2,3 Prozent höher.

Ein Problem, das in letzter Zeit häufig auftaucht, ist die Frage, welchen Familiennamen die Ehefrau zu führen hat, wenn der Gatte Ausländer ist. Grundsätzlich richtet sich die Beantwortung dieser Frage nach den gesetzlichen Bestimmungen des Staates, dem der Mann angehört. Diese Vorschriften sind sehr verschieden. In manchen Fällen stehen sie den Ämtern, für die der Name der Frau eine Rolle spielt, gar nicht zur Verfügung. In manchen Fällen sind sie so abgefaßt, daß verschiedene Auslegungen möglich sind. Die Praxis hat ergeben, daß in solchen Fällen des öfteren an das Bundesministerium für Inneres um bescheidmäßige Feststellung des Familiennamens herangetreten wurde. Wenn dann diese Behörde entschieden hatte, war zumindest für die österreichischen Behörden verbindlich geklärt, welchen Namen diese Ehefrauen zu führen hatten.

Wenn eine Österreicherin auf Grund der ausländischen Bestimmungen einen Namen zu führen hat, mit dem sie gar nicht einverstanden ist, kann sie bei der MA 61 um Namensänderung ansuchen. Derartigen Ansuchen wird auch in der Regel stattgegeben. Die Praxis in Namensänderungsangelegenheiten ist überhaupt - so weit es die gesetzlichen Vorschriften zulassen - äußerst liberal.

In den ersten elf Monaten dieses Jahres wurden 58.757 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt, das sind ungefähr ebensoviel wie im Vorjahr, aber um fast 10 Prozent mehr als 1967 und um fast 35 Prozent mehr als 1966. Das Steigen erklärt sich aus der Tatsache, daß das Prinzip der Familieneinheit auf staatsbürgerschaftsrechtlichem Gebiet nicht mehr gilt. In der Regel reicht der Staatsbürgerschaftsnachweis des Mannes nicht mehr als Nachweis der Staatsbürgerschaft der Ehefrau und der Kinder aus.

Der Aufbau der Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz wird zügig fortgesetzt. Einschließlich November langten wieder annähernd 100.000 Mitteilungen ein, die vorzumerken waren.

Die Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz umfaßt derzeit ungefähr 635.800 Karteiblätter, von denen etwa 182.300 in den letzten elf Monaten angelegt wurden.

In diesen elf Monaten haben in Wien 989 Ausländer unmittelbar durch Einbürgerung und Staatsbürgerschaftserklärung die österreichische Staatsbürgerschaft erworben, um ungefähr sechs Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Zahl der Ausländerinnen, die mit Österreichern verheiratet sind, ist um etwa acht Prozent angestiegen. Von diesen Frauen waren weit aus die meisten Angehörige unserer Nachbarstaaten: Jugoslawien, Tschechoslowakei, Deutschland und Ungarn.

Seit 1. Jänner 1969 ist die Gewerberechtsnovelle 1968 in Kraft. Seither ist es Sache der Gemeinde, kleineren Gewerbetreibenden das Feilbieten ihrer eigenen Erzeugnisse innerhalb des Gemeindegebietes von Haus zu Haus zu gestatten, dies auf Grund sogenannter Austrägerscheine.

Durch diese Novelle wurden auch einige Handelstätigkeiten liberalisiert. So wurde der Kleinhandel mit Heiz- und Gasölen von der Erbringung des großen Befähigungsnachweises befreit, außerdem entfällt bei Konzessionen für die Verabreichung von Milch die Bedarfsprüfung.

Am 1. Jänner 1970 wird das Berufsausbildungsgesetz in Kraft treten, das die Berufsausbildung für Lehrlinge auf eine einheitliche Grundlage stellt.

Im letzten Jahr wurden wegen Übertretung der Gewerbeordnung Strafbeträge in der Höhe von insgesamt 1,967.276 Schilling eingenommen.

Durch das Fortschreiten der Motorisierung ist auch auf dem Tankstellensektor eine anhaltende Aufwärtsentwicklung festzustellen.

In der MA 64, die die administrativen Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten zu besorgen hat, wurde im laufenden Jahr vor allem an der Großen Bauordnungsnovelle gearbeitet, weiter an der Novellierung des Wiener Garagengesetzes, des Kleingartengesetzes, des Feuerpolizeigesetzes, des Feuerwehrgesetzes und des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren. In Ausarbeitung befinden sich Entwürfe des Straßen-

verwaltungsgesetzes, der Ölfeuerungsverordnung und eines Baulärmgesetzes; letzteres soll der Bevölkerung Schutz vor unerträglichem Baulärm sichern.

Die MA 70 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) besorgt die Agenden des Kraftfahrrechtes. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November waren beim Verkehrsamt 2.062 Führerscheinentziehungen gemeldet. Davon erfolgten 1.679 wegen Trunkenheit am Steuer, 36 wegen Fahrerflucht und 347 aus anderen Gründen.

Von der Bundespolizeidirektion Wien wurde in den ersten zehn Monaten 1969 wegen Übertretung der Straßenverkehrsvorschriften rund 35,2 Millionen Schilling gegenüber 36,2 Millionen Schilling im Jahr 1968 an Strafgeldern eingehoben und an das Land Wien zum Zweck der Straßenerhaltung abgeführt. Der ziffermäßige Rückgang der Beträge ist darauf zurückzuführen, daß öfter mit Arrest anstatt mit Geldstrafen vorgegangen wurde. Wer, ohne im Besitz eines Führerscheins zu sein, ein Auto lenkt, erhält primär eine Woche Arrest.

Um die Medikamentenversorgung der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen, wurde durch Verhandlungen mit der Apothekerkammer von dieser eine liberalere Einstellung bei Neuzulassungen erreicht. Demnächst wird eine neue Apotheke im 22. Bezirk und anschließend eine im 11. Bezirk zugelassen werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

50 christbaeume fuer 172 kinder

3 wien, 18.12. (rk) eine aktion, die stadtraetin maria j a c o b i voriges jahr ins leben gerufen hat, wird heuer fortgesetzt: freitag wird eine fürsorgerin an 50 wiener adressen je einen christbaum mit samt dem dazugehörigen schmuck, kerzen und vielen süssigkeiten abgeben. die empfan- ger sind durchwegs familien, die in bedraengten verhaeltnissen leben, wie sie auch im schatten der konjunktur noch immer vorkommen: viele kinder, ein elternteil vielleicht krank oder aehnliche schwierigkeiten.

in den fuenfzig familien gibt es zusammen 172 kinder, denen nun durch diese aktion ein schoenes weihnachtsfest garantiert werden kann. das jugendamt arbeitet bei dieser aktion eng mit der aktion 'rettet das kinde' zusammen.

0853

der neue landeskonservator stellt sich vor

5 wien, 18.12. (rk) der neue landeskonservator von wien, dr. peter p o e t s c h n e r, wurde mittwoch nachmittag vom praesidenten des bundesdenkmalamtes, prof. dr. walter f r o d l, buergermeister bruno m a r e k vorgestellt. dr. poetschner, der frueher im historischen museum der stadt wien arbeitete, ist der nachfolger von dr. alfred s c h m e l l e r. der neue landeskonservator, der die bundeshauptstadt wie seine westen- tasche kennt, gab bekannt, dass das geburtshaus ferdinand raimunds in der mariahilfer strasse 47 naechstes jahr unter denkmalschutz gestellt wird. ausserdem wird 1970 eine reihe von alt- fassadenaktionen in den inneren und aeusseren bezirken durchge- fuehrt werden. das kulturamt der stadt wien hat fuer diese zwecke namhafte beitraege bereitgestellt.

0913

feiertagstarife bei den verkehrsbetrieben

4 wien, 18.12. (rk) zu den weihnachtsfeiertagen, also am 25. und 26. dezember, gelten auf allen im gemeinschaftstarif fahrenden oeffentlichen und privaten massenverkehrsmittel wiens die sonntags-tarife. die kinder sonn- und feiertags-zwei-fahrtenfahrtscheine zu einem schilling haben auch im sondertarif fuer die strassenbahnlinie 317 gueltigkeit. ebenso gilt zu dieser zeit dort der fuenf-schilling-(vier-schilling-vorverkaufs)-fahrtschein. kurzstrecken-sammelkarten, die arbeitslosen- und jugendfuersorgefahrtscheinesowie saemtliche streckenkarten mit wochenwertmarken sind an diesen tagen nicht gueltig.

die kartenausgabestelle in wien 6, rahlgasse 3, ist am mittwoch, dem 24. dezember und mittwoch, dem 31. dezember von 8 bis 12 uhr geoeffnet. die betriebseigenen vorverkaufsstellen sind am 1. jaenner 1970 von 6.30 bis 12.30 uhr geoeffnet. am christtag und stephani-tag bleiben die betriebseigenen vorverkaufsstellen geschlossen.

mit ruecksicht auf die weihnachtsfeiertage und weihnachtsferien der schulen findet der verkauf der monatswertmarken fuer den jaenner bereits jetzt bei allen betriebseigenen vorverkaufsstellen statt.

Niedriger Mietzins auch für mit Bundesförderung errichtete
=====Gemeindewohnungen
=====

Wien, 18.12. (RK) Der Wiener Gemeinderat beschloß Donnerstag in seiner im Anschluß an die Budgetdebatte abgewickelten Geschäfts-sitzung eine neuerliche Änderung in den Bestimmungen des Wiener Wohnbaufonds. Wie Wohnungsstadtrat Suttner dazu ausführte, besteht der Sinn dieser Änderung darin, daß die Möglichkeit gegeben ist, auch bei aus Mitteln der Bundeswohnbauförderung 1968 errichteten Wiener Gemeindewohnungen einen niedrigen Mietzins zu berechnen, analog den Gemeindewohnungen, deren Errichtung direkt mit Mitteln der sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien durchgeführt wird. Darüber hinaus sollen für solche Wohnungen auch die Bestimmungen, betreffend die Gewährung von Wohnbeihilfen gelten.

Bei den aus Mitteln der Wohnbauförderung 1968 von der Stadt Wien errichteten Wohnungen würden nämlich hinsichtlich der Mietzinsbildung die Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 gelten. Dies hätte zur Folge, daß sich ein Quadratmeter-Preis von 18.40 Schilling (einschließlich Betriebskosten, Aufzug, Heizung etc.) ergeben würde. Durch den Beschluß des Wiener Gemeinderates wird es nun möglich, die Bestimmungen des Wiener Wohnbaufonds auch auf solche Wohnungen anzuwenden, wodurch sich ein monatlicher Mietzins von nur 11.25 Schilling ergibt.

Es bleibt jedoch dem Mieter weiterhin freigestellt, ob er die Wiener Regelung mit 20 Prozent Eigenmittel und niedrigem Zins der Bundesregelung mit hohem Mietzins vorzieht.

- - -

weitere 12 millionen fuer schneeraeumung

6 wien, 18.12. (rk) um die schneeraeumung auch in den kommenden wochen klaglos durchfuehren zu koennen, bewilligte der tiefbauausschuss des gemeinderates donnerstag weitere 12 millionen schilling. 6,5 millionen schilling davon werden zur heranziehung privater fuhrunternehmer benoetigt, 3,5 millionen schilling fuer die aufnahme zusaetzlicher schneearbeiter und zwei millionen schilling gehen als beitrag an die verkehrsbetriebe fuer deren mitwirkung beim schneeraeumdienst.

tiefbaustadtrat kurt h e l l e r wuerdigte den nach besten kraeften erfolgenden einsatz der arbeitskraefte und schneeraeumgeraete durch die zustaendige magistratsabteilung 48. er betonte auch, dass die zusammenarbeit mit privaten firmen klaglos funktioniert. die kosten fuer die schneeraeumung sind freilich enorm: faellt nur ein zentimeter neuschnee, bedeutet das fuer das gesamte stadtgebiet einen schneemenge von rund 200.000 kubikmeter, deren beseitigung kosten in der hoehe von 400.000 schilling verursacht.

Kindergärtnerinnen: Weihnachtslieder aus ganz Europa
=====

Wien, 18.12. (RK) Mehr als fünfzig ausgebildete Kindergärtnerinnen hat die Städtische Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen heuer in das Berufsleben entlassen. Mittwoch besuchte Stadträtin Maria Jacobi die Anstalt zu einer Weihnachtsfeier besonderer Art: Die Schülerinnen boten einen Querschnitt durch das europäische "Repertoire" an Weihnachtsliedern. Flandern, Böhmen, Portugal und viele andere Regionen standen auf dem Programm.

Die Stadträtin erklärte in einer kurzen Festrede, die Menschheit verwirkliche einen ihrer Träume nach dem anderen, erst jüngst den vom Besuch anderer Himmelskörper. Ein Traum jedoch, der geträumt werde, seit Menschen auf der Erde leben, harre noch seiner Verwirklichung: der Traum vom Frieden auf Erden. Die Kindergärtnerinnen sollten in ihrem Beruf nie vergessen, ihren kleinen Schützlingen den Vorrang von Toleranz und Menschlichkeit einzupflanzen.

- - -

Weinköniginnen beim Bürgermeister
=====

Wien, 18. 12. (RK) Die österreichische Weinkönigin, die Burgenländerin Rita Hofmann sowie die niederösterreichische Weinkönigin Anneliese Pröstler, besuchten Donnerstag vormittag Bürgermeister Bruno Merck in dessen Arbeitszimmer im Wiener Rathaus. Anlässlich des bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfestes überbrachten sie dem Bürgermeister einen Geschenkkorb mit zwölf Weinflaschen. Jede Flasche symbolisiert einen Monat des Jahres und kommt jeweils aus einem anderen Weinbaugebiet Österreichs. Die "Majestäten" wurden vom Präsidenten des österreichischen Weininstitutes Fritz Salomon begleitet.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wirtschaftsdebatte

=====

Wien, 18. 12. (RK) Als erster Debattenredner kritisierte GR. Peter (FPÖ) die - gerade aus dem Wirtschaftsbudget ersichtlichen - Preissteigerungen in Österreich, die in krassem Gegensatz zu den Wahlversprechungen der beiden Großparteien stünden. Es sei klar, daß solche Erhöhungen natürlich zu berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen führen müßten.

Die Funktion der Märkte sei ebenfalls diskussionsbedürftig: Da die Stadt Wien hier ein Defizit von 137 Millionen aufweise, müsse man sich ernstlich fragen, ob die Märkte heute noch ihrer Aufgabe als "Wohltat für die Bevölkerung" gerecht würden, insbesondere hinsichtlich der preisregulierenden Wirkung. Der Redner regte eine Enquete über alle Marktprobleme an, dabei sollte auch über die lärmeregende Wirkung der Märkte gesprochen werden.

Die Berichterstattung der Tageszeitungen über die Budgetdebatte im Rathaus sei außerordentlich dürftig. Peter kritisierte dabei an erster Stelle das "Volksblatt", welches seinen Lesern grundsätzlich Redner aller Parteien außer der ÖVP unterschlage. Dagegen widme die Arbeiter-Zeitung den Rednern anderer Fraktionen als der SPÖ doch wenigstens einige Zeilen - eine Bemerkung, die der Redner ausdrücklich nicht als Manifestation freiheitlichen Linksdralls verstanden wissen wollte.

GR. Franziska Fohler (SPÖ) hebt die großen Leistungen des Beschaffungsamtes hervor. Der Gesamtumsatz dieser Abteilung betrug vom 1. Jänner 1969 bis Ende Oktober 240,9 Millionen Schilling. 500 Firmen erhielten Aufträge des Beschaffungsamtes, und auch damit wurde ein großer Beitrag zur Sicherung der Wiener Arbeitsplätze geleistet.

Bei der städtischen Bäckerei konnte durch verschiedene Rationalisierungen trotz einer Personalverminderung eine bedeutende Leistungssteigerung erzielt werden.

Das Beschaffungsamt hat auch die Weihnachtspakete für unsere Dauerbefürsorgten zusammenstellen lassen. Die Stadtverwaltung will mit dieser Aktion den sozial und wirtschaftlich am schlechtesten Gestellten eine kleine Weihnachtsfreude bereiten.

Eine große soziale Tat der Gemeindeverwaltung sei es gewesen, als man 1927 die Abgabe eines Säuglingswäschepaketes an jede Wiener Mutter einführte. Diese Aktion wurde nach 1945 wieder ins Leben gerufen und hat bereits in vielen Ländern Nachahmung gefunden.

Die in letzter Zeit erfolgten Preiserhöhungen wirken sich natürlich auch in den Ausgaben des Beschaffungsamtes aus.

Das österreichische Lebensmittelgesetz bezeichnet die Rednerin als unzureichend, da es in keiner Weise den Anforderungen der heutigen Lebensmittelversorgung entspricht. Sie bedarf einer besonderen Überwachung und Kontrolle. An dieser Tatsache achtlos vorüberzugehen, könnte der Volksgesundheit beträchtlichen Schaden zufügen. Leider könne sich die ÖVP-Fraktion im Parlament bisher nicht zur Beschließung eines neuen, zeitentsprechenden und wirkungsvollen Lebensmittelgesetzes entschließen.

Große Probleme gibt es auf dem Reinigungssektor, da das Angebot an heimischen Arbeitskräften hier sehr gering ist. Man hat jedoch versucht, hier durch den Einsatz moderner Maschinen Abhilfe zu schaffen. Allein für Wasch- und Reinigungsmittel wurden 2,9 Millionen Schilling aufgewendet.

Im Schulsektor stieg der Gesamtaufwand des Schulbedarfes um 7,2 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr. Die Voraussetzung für eine aussichtsreiche Chance im Leben ist mehr denn je eine solide Schul- und Berufsausbildung. Die Gemeinde Wien sorgt dafür auch in diesem Bereich beispielgebend durch Beistellung kostenloser Lehrmittel. Die Versorgung der Privatschulen mit Büchern und Broschüren, die seit 1968 erfolgt, brachte eine Ausgabensteigerung um 30 Prozent.

Eine Neuerung stellen die mobilen Klassen dar, die in Form von Pavillons an elf bestehende Schulen angeschlossen wurden. Modern und der heutigen Zeit entsprechend, wurde auch das Haus des Buches, das Haus der Begegnung und das Amtsgebäude am Modenapark eingerichtet. Auch die städtischen Dienststellen werden nach Möglichkeit mit technischen Hilfsmitteln ausgestattet, um Rationalisierungen zu erreichen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) forderte die Schaffung einer Agrarbehörde für Wien, auch ein Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz sei dringend notwendig.

Zum Entwurf der Land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer-Schutzverordnung sind die Wiener Landwirte absolut positiv eingestellt; im Hinblick auf die zahlreichen Familienbetriebe seien jedoch einige Änderungen vorzunehmen.

Der vor kurzem eröffnete Blumengrossmarkt entspricht allen Anforderungen, die noch fehlende Autobusverbindung ist bereits in Vorbereitung. Da Inzersdorf eine stürmische Gegend ist, müßten für den Landparteienmarkt des Großmarktes besondere Schutzmaßnahmen eingeplant werden; vielleicht könnte man die Standeln in eine Halle verlegen.

Hinsichtlich der Schaffung des Schlachtviehhofes St. Marx sei Eile notwendig, da im Umkreis von Wien mehrere Schlachtviehhöfe entstehen, die eine Konkurrenz darstellen.

Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen in Wien nimmt die Hochglasfläche weiter zu. Sie wird 1970 eine Million Quadratmeter betragen. Besonders groß ist die Zunahme in Essling, wohin jene Betriebe umgesiedelt werden, die anderswo abgesiedelt wurden.

Die Feingemüse-Produktion hatte heuer eine Zunahme von zehn Prozent zu verzeichnen. Gegenüber 1968 war der Frischgemüsepreis um 20 Groschen pro Kilo niedriger. Auch der Durchschnittspreis für Obst liegt heuer etwas tiefer.

Da die Wiener Landwirtschaft zu 50 Prozent aus Pächterbetrieben besteht, müßte die Möglichkeit des Grunderwerbs durch die jeweiligen Pächter geschaffen werden.

In Simmering sind mehrere Gärtnerbetriebe noch immer nicht an die Trinkwasserversorgung angeschlossen; der Ausbau des Leitungsnetzes soll rasch vorangetrieben werden, da die Qualität des Grundwassers ständig abnimmt.

GR. Maria Hlawka (SPÖ): Erfreulich ist die erste Budgetrate von 91 Millionen Schilling für den Bau des Großgrünmarktes Inzersdorf. Kürzlich wurde das letzte Grundstück erworben, mit dem Bau möge es genau so gut vorangehen wie beim Blumengroßmarkt. Es ist zu hoffen, daß auch die Konzession für einen Autobus bald erteilt werden wird.

Die Frage, ob die Planung des neuen Detailmarktes am Naschmarkt und der Schnellstraßenbau sinnvoll mit dem Planungsstadtrat koordiniert werde, richtete die Gemeinderätin an Stadtrat Dr. Prutscher.

Maria Hlawka forderte dann - besonders für die Neubaugebiete im Süden und Osten - mobile Märkte, mit denen man ja in Hamburg gute Erfahrungen gemacht habe. Die Bedeutung der Märkte für die Preisbildung, für die rasche Verteilung und das breitgefächerte Warenangebot ist unbestritten.

Lebensmittelpolizei: 1969 wurden 20.680 Proben gemacht, in 640 Fällen mußten Anzeigen wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes erstattet werden. Die SPÖ urgiert im Parlament seit Jahren ein neues Lebensmittelgesetz (das derzeit gültige stammt aus 1896). Mehr Preisstabilität vor allem bei Kalbfleisch und Schweinefleisch forderte die Rednerin abschließend und ersuchte Stadtrat Dr. Prutscher, in dieser Richtung auf die Bundesregierung einzuwirken.

GR. Dr. Tuma (DFP) ging wie die meisten Vorredner auf die Preissituation auf dem Lebensmittelsektor ein: Nur durch einschneidende legislatische Eingriffe sei es möglich, einmal zu einer konsumentenfreundlichen Preisgestaltung zu kommen.

Zu den Märkten sagte Tuma, seine Fraktion bemängle in erster Linie das Fehlen eines Gesamtkonzepts, eines Ausblicks auf künftige Situationen und Maßnahmen. Über die Versorgungseinrichtungen in den Satellitenstädten müsse man sich doch rechtzeitig Gedanken machen.

Der Standort des Blumengroßmarkts in Inzersdorf sei fragwürdig: Es bleibe noch abzuwarten, ob sich die Stadtrandlage dieses Marktes nicht kostensteigernd - und damit vielleicht auch preissteigernd - auswirken werde.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) bedauert, daß zuwenig Geld für die Modernisierung der Märkte ausgegeben wird, obwohl die sanitären und hygienischen Zustände völlig unzureichend sind. Leider gehe man vielfach bei der Planung neuer Märkte nicht zweckmäßig vor. So hat man den Vorgartenmarkt verlegt, was zu einem gewaltigen Umsatzrückgang führte. Ähnlich sei die Situation beim Hannovermarkt. Dort wollte man eine neue Art von Verkaufsständen schaffen, dies

komme jedoch bei der Bevölkerung nicht an. Vielleicht müßte man bei Marktplanungen die Hausfrauen zu Rate ziehen.

Naschmarkt: Die Verlegung des Großmarktes aus dem Zentrum sei notwendig. Für den verbleibenden Detailmarkt müßte man Parkplätze schaffen, da er durch die derzeitige Verkehrsregelung in seinem Bereich sehr ungünstig beeinflußt werde. Noch immer ungelöst ist die Planung für den Detailmarkt im 3. Bezirk.

Die Bediensteten des Veterinär- und Marktamtes haben im Interesse unserer Bevölkerung gute Arbeit geleistet. Als Vertreter der Handelskammer von Wien gibt der Redner die Versicherung ab, daß jene Gewerbetreibenden, die sich außerhalb der Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes stellen, durch die Kammer nicht die geringste Rückendeckung erfahren.

Zu den Preiserhöhungen: Auch seine Fraktion sei keineswegs dafür. Leider machen aber die Verbraucher immer wieder den Fehler, günstigere Preise nicht auszunützen. So wird viel geredet, weil die Milch um fünf Groschen teurer wurde, aber niemand kauft offene Milch, die um 20 Groschen billiger ist. Ja die Leute kaufen vielfach nicht einmal die Flaschenmilch sondern die noch teurere Tetra-Pack-Milch, und den Kaffee will man überhaupt nur mehr mit Sahne. (Zwischenrufe aller Fraktionen: In Wien heißt das Obers! Dr. Ebert "beknirscht" sich: selbstverständlich "Obers"!)

Dasselbe zeige sich bei Brot und Gebäck. Wir sind mit den maschinell hergestellten Semmeln nicht zufrieden, die ja am Vortag gebacken, dann eingekühlt und am nächsten Tag verkauft werden. Man könne aber nicht einerseits für Modernisierungen und Rationalisierungen eintreten, gleichzeitig im Kollektivvertrag verlangen, daß niemand entlassen werden darf und dann noch denselben Preis zu fordern. (Zwischenruf GR. Windisch (SPÖ): Das ist ja ein Märchen).

Der Redner verweist darauf, daß die Produktionskosten heute in der ganzen Welt ständig steigen. Dieses Steigen sei aber der Preis für die Vollbeschäftigung und den relativ echten Wohlstand. Wie jedoch selbst aus einer Broschüre der Arbeiterkammer zu entnehmen ist, stiegen die Löhne höher als die Preise.

Zu den Fleischirpörten: Wir müssen ein vernünftiges Mittelmaß zwischen Exportnotwendigkeit und Inlandsverbrauch finden. Wir können uns aber nicht in Zeiten mit geringem Fleischangebot von Auslandsmarkt zurückziehen, da wir ihn dadurch auch für die übrige Zeit verlieren würden.

Zum Lebensmittelgesetz: Die gesetzlichen Voraussetzungen sind vorhanden, wir müssen jedoch jetzt schnellstens dazu die notwendigen Verordnungen beschließen, damit Industrie und Gewerbe wissen, nach welchen Bestimmungen sie zu arbeiten haben. In der heutigen Zeit sei es leider so, daß etwas, wie zum Beispiel vor einigen Jahren der Genuß von Schmalz als gesundheitsschädlich erklärt wurde. Jetzt sei die neueste Attraktion aller Heurigen das Grannelschmalzbrot. Ähnlich war es beim DDT, das zuerst angepriesen, jetzt aber als gesundheitsschädlich bezeichnet wird.

Als unerfreulich bezeichnet der Redner die Entwicklung der Wirtschaft in Wien. Der Beschäftigtenstand in einzelnen Sparten nimmt ab, und immer mehr Betriebe wandern nach Niederösterreich und in andere Bundesländer ab. Der Redner sieht einige der Ursachen darin, daß Wien für die Wirtschaftstreibenden zuwenig tut, daß für die Ansiedlung von Industriebetrieben kein Gesamtkonzept bestehe, daß die Verkehrsplanung für diese Gebiete unzureichend sei und den Betrieben durch die U-Bahn-Steuer zu große Lasten aufgelegt werden.

Die mobilen Märkte müssen dort errichtet werden, wo tatsächlicher Bedarf besteht, nicht aber in Gebieten, wo ausreichend Geschäfte zur Verfügung stehen.

GR. Deutsch (SPÖ) wandte sich gegen den Debattenbeitrag seines Vorredners, GR. Dr. Ebert, wonach laut Kollektivvertrag jene Arbeiter eines Bäckereibetriebes, die durch Einsatz neuer Maschinen frei werden, anderweitig verwendet werden müssen. GR. Deutsch stellte fest, daß zwar ein Mitspracherecht bei technischen Veränderungen in Betrieb besteht, daß aber eine große Zahl von Bäckereiarbeiter entlassen wurde, als die Betriebe neue, automatisch arbeitende Maschinen anschafften.

Früher stellte ein Bäcker pro Schicht 220 Kilo Brot her. 1954 begann die Umstellung auf Maschinen, heute stellt ein Bäckereiarbeiter 1.000 Kilo Brot pro Schicht her.

In der Semmelproduktion erzeugte ein Bäcker früher 1.800 Stück pro Schicht. Mit Hilfe vollautomatischer Semmelstraßen bringen es heute zwei Bäckereiarbeiter auf 100.000 Semmeln pro Schicht. Die Industrie, sagte GR. Deutsch, hätte aber die durch Rationalisierung erreichte Verbilligung der Maschinensammel nicht an die Konsumenten weitergegeben.

Bevor sich GR. Michalica (SPÖ) ausführlich mit dem geplanten Fleischzentrum St. Marx beschäftigte, betonte er die Aktivität Wiens zur Förderung von Betriebsansiedlungen sowie die Initiative von Bürgermeister Marek zu einer Regionalplanung gemeinsam mit Niederösterreich und dem Burgenland (Zwischenruf Dr. Ebert, ÖVP: "Nachdem wir sie jahrelang gefordert haben!" - Replik Michalica: "Wir warten noch immer auf eine Antwort von Landeshauptmann Maurer").

Im Zusammenhang mit dem Fleischtransport forderte Michalica bessere Hygienebestimmungen. Er kritisierte, daß bei den Anlieferungen aus Niederösterreich vielfach primitivste Hygienevorkehrungen mißachtet werden. Der Entwurf eines Hygienegesetzes durch das Sozialministerium ist begrüßenswert. Es wird aber darauf ankommen, welche Verordnungen dazu in Zusammenarbeit zwischen Landwirtschafts- und Handelsministerium erlassen werden.

Zum Fleischgroßmarkt stellte der Gemeinderat an Stadtrat Dr. Prutscher einige Fragen: Wie geschieht die Vergabe der Stände? Welche Überlegungen macht man sich bezüglich des Personalbedarfs? Wie wird es mit der Reinigung aussehen? Wird an den Marktordnungen gearbeitet?

Wie werden die genauen Unterlagen für die Preisgestaltung erarbeitet?

Michalica forderte auch Vorschläge zur Erhaltung der alten Kunden und zur Gewinnung neuer Kunden für den Fleischmarkt. St. Marx müßte Exportmarkt werden, um ein weiteres Sinken der Viehanlieferungen zu verhindern. Schließlich müßte auch der stoßweise Anlieferungsverkehr an bestimmten Tagen durch niedrigere Marktentgelte an weniger beliebten Tagen reguliert werden.

GR. Ascherl (SPÖ) beschäftigte sich mit dem Wienerwald. Im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung des Wienerwaldes im Landwirtschaft

ministerium fragte Ascherl Stadtrat Prutscher, welche konkreten Maßnahmen und Initiativen er erwäge, um den Wienerwald zu erhalten. Der Redner fragte auch, ob Stadtrat Prutscher für sein zukünftiges Vorgehen über ein langfristiges Konzept verfüge.

Ascherl wies auf die hohen Geldbeträge hin, die die Stadt Wien seit Jahren zur Erhaltung und Verbesserung ihrer Forste aufwendet. Er stellte dazu die Frage, mit welchen Maßnahmen sich der Bund - bekanntlich größter Grundeigentümer im Wienerwald - bisher zur Erhaltung dieses für die Wiener so wichtigen Erholungsraumes eingestellt habe.

Stadtrat Dkfm. Dr. Prutscher im Schlußwort: Einige der vorgebrachten Wünsche und Beschwerden betreffen nicht seine Gruppe oder ihre Erledigung liege nicht in seinem Bereich. So habe in der Frage der Gebühren die Finanzabteilung zu entscheiden. Für die Lebensmittelkontrolle steht nach 16 Uhr, und zwar bis 18 Uhr, ein Journaldienst zur Verfügung, und auch nach dieser Zeit können Stichproben gemacht werden. Jene Betriebe, bei denen keine Beanstandung erfolgt, werden natürlich in größeren Zeiträumen kontrolliert, als jene, die sich nicht an die Vorschriften halten. Der Rindfleischexport ist praktisch bis Ende März freigegeben. Importe haben nicht immer zu einem Sinken der Preise beigetragen, da verschiedentlich die ausländischen Rindfleischpreise höher lagen. Die Fertigstellung von St. Marx, sowohl des Lebendmarktes, des Fleischmarktes und der Kühlhallen sei technisch im kommenden Jahr möglich. Es fehlen jedoch 150 Millionen, die aber bei der Budgetperlustrierung mündlich zugesagt wurden. Es könnten in St. Marx nicht nur fleischverarbeitende Betriebe angesiedelt werden, sondern kurzfristig vielleicht auch andere Sparten.

Was die Hygiene betrifft, werden von den Abteilungen alle entsprechende Verordnungen angewendet. Bedeutende Verbesserungen werden durch den neuen Fleischmarkt selbst eintreten.

Als Stadtrat Dr. Prutscher über Betriebsansiedlungen spricht und über den niedrigen Grundpreis, den die Konzessionärin in der Großfeldsiedlung zu zahlen hatte, kommt es zu lebhaften ständigen Zwischenrufen aus den Reihen der SPÖ. GR. Hans Mayr wirft dem Stadtrat vor, daß durch sein Zögern die Versorgung der Bevölkerung nicht

funktionieren konnte. Demgegenüber weist der Stadtrat darauf hin, daß die Finanzverwaltung ihm nicht unterstellt ist. GR. Mayr repliziert, daß es nicht immer um Geld gehe bei Entscheidungen.

Den Bericht der IBB habe er an die Amtsinspektion und die Magistratsdirektion weitergegeben, weil die Schlußfolgerungen aus diesem Bericht sehr weitgehend die Finanzen der Stadt betreffen. Er könnte daher erst nach Äußerung dieser Stellen etwas dazu sagen. Auch die Frage der Marktentgelte gehöre dazu.

Den Vorschlag, das Schlachtentgelt nach den Tagen zu staffeln, unterstreiche er hundertprozentig.

Rechtzeitige Vorsorge für eine Autobuslinie zum Grünmarkt: Er habe diesen Wunsch rechtzeitig bei der zuständigen Verwaltungsgruppe angemeldet.

Man hatte ursprünglich nicht die Schwierigkeit der Frage der Konzession genannt, sondern erklärt, die Schwierigkeit liege im Fehlen der Autobusse und der Lenker. Er habe daraufhin den Vorschlag unterbreitet, die Firma Richard einzuschalten, und es wurde um die Konzession angesucht.

Landparteienplatz: Die Ständen werden sich unter Dach befinden, eventuell soll eine Windschutzwand errichtet werden.

Mobile Märkte: Eine ausführliche Studie, wie weit derartige Märkte notwendig sind, lag bereits 1967 vor. Sie wurde im Mai 1968 an alle Bezirksvorstehungen geschickt mit dem Ersuchen um Stellungnahme. Leider kamen keine Anregungen. Im Ausland haben sich mobile Märkte bestens eingeführt.

Eine Studie, wo sich ein Detailmarkt für den 3. Bezirk am günstigsten befinden soll, ist derzeit in Ausarbeitung.

Der Ansicht, daß der Inzersdorfer Großmarkt infolge weiterer Entfernung vom Stadtzentrum schwerer für Detaillisten erreichbar sei, widersprach Stadtrat Dr. Prutscher. Wohl sei die Entfernung größer, es gebe aber keine Parkplatzmisere wie auf dem Naschmarkt.

Ein Konzept über den Wienerwald als Naturpark wird derzeit ausgearbeitet. Der Bund ist bereit, Grund für Lagerwiesen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung: Das 12. Hauptstück wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Wirtschaftsdebatte-(Zusammenfassung)
=====

Wien, 18.12. (RK) Über die Verwaltungsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten, referierte Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP). Die Ansätze dieser Gruppe mit Ausgaben von 440 Millionen Schilling wurden mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Stadtrat Prutscher bezeichnete in seiner Budgetrede die kürzliche Eröffnung des Blumengroßmarktes als den ersten Pfeiler des Marktkonzeptes. Für den Großmarkt in Inzersdorf sind 91 Millionen vorgesehen. Bei entsprechendem Bautempo könnte der Großmarkt vom Naschmarkt bereits in zwei Jahren übersiedeln. Der Detailmarkt auf dem Naschmarkt wird jedoch bleiben.

Die beiden Großmärkte Inzersdorf und St. Marx werden in Zukunft durch die Autobahn nur zehn Autominuten entfernt sein. In St. Marx wird derzeit am Kühlblock und an der Markthalle gebaut.

Die Freude über das neue Fleischzentrum sei allerdings durch wirtschaftliche Aspekte getrübt. Die Zahl der Schlachtungen ist rückläufig (30.000 Schweine in elf Monaten weniger). Auch für den Viehmarkt ist eine rückläufige Entwicklung festzustellen. Es kommt daher darauf an, vorerst den derzeitigen Benutzerstand für das Fleischzentrum zu halten.

Die beiden Einkaufsabteilungen Baustoffbeschaffung und Beschaffungsamt weisen gewaltige Umsätze auf: Baustoffbeschaffung (in den ersten elf Monaten) 235 Millionen, Beschaffungsamt 240 Millionen.

Zum Stadtforstamt erklärte Prutscher, das Sorgenkind dieser Abteilung sei die Lobau. Eine Sanierung sei dringend erforderlich, damit die mangelnden sanitären Einrichtungen keine Gefährdung der Trinkwasserversorgung herbeiführen. Für den Wienerwald könnte die Arbeitsgemeinschaft im Ministerium, der auch ein Vertreter der Stadt Wien angehört, nützlich werden.

GR. Peter (FPÖ) kritisiert die aus dem Wirtschaftsbudget ersichtlichen Preissteigerungen. Die preisregulierende Funktion der Märkte sei fragwürdig geworden.

GR. Franziska Fohler (SPÖ) spricht über die großen Leistungen des Beschaffungsamtes. Das österreichische Lebensmittelgesetz sei unzureichend. Leider könne sich die ÖVP im Parlament nicht zum Beschluß eines neuen Gesetzes entschließen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) fordert die Schaffung einer Agrarbehörde für Wien; auch ein landwirtschaftliches Siedlungsgesetz sei dringend notwendig. Weiter spricht der Redner über Probleme der Wiener Landwirtschaft.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) hofft, mit dem Bau des Großgrünmarktes möge es genauso gut vorangehen wie beim Blumengroßmarkt. Sie stellt die Frage, ob die Planung des neuen Detailnaschmarktes und der Schnellstraßenbau mit dem Planungsrat koordiniert wird. Für die Neubaugelände im Süden und Osten fordert die Rednerin mobile Märkte.

GR. Dr. Tuma (DFP) bemängelt das Fehlen eines Gesamtkonzeptes für die Märkte. Der Standort des Blumengroßmarktes am Stadtrand sei fragwürdig.

GR. Dr. Ebert (ÖVP): Es müßte mehr Geld für die Modernisierung der Märkte ausgegeben werden. Bei Marktplanungen sollte man die Hausfrauen zu Rate ziehen. Für den verbleibenden Detailmarkt des Naschmarktes müssen Parkplätze geschaffen werden. Zu den Preiserhöhungen: Die Verbraucher nützen günstigere Preise nicht.

So wurde viel geredet, weil die Milch um fünf Groschen teurer geworden ist, aber niemand kauft offene Milch, die 20 Groschen billiger ist. Ähnlich ist es bei den maschinell hergestellten Semmeln. Man könne aber nicht im Kollektivvertrag verlangen, daß niemand entlassen werden darf und dann noch den selben Preis fordern.

GR. Deutsch (SPÖ) stellt dazu fest, daß eine große Anzahl Bäckereiarbeiter entlassen wurde, als die Betriebe neue Maschinen anschafften. Früher erzeugte ein Bäcker 1.800 Semmeln pro Schicht. Heute bringen es zwei Arbeiter auf 100.000 Semmeln.

GR. Michalica (SPÖ) betont die Aktivität Wiens zur Förderung von Betriebsansiedlungen und die Initiative Mareks zur Regionalplanung mit Niederösterreich und dem Burgenland. Im Zusammenhang mit Fleischtransporten fordert er bessere hygienische Bestimmungen. St. Marx müsse Exportmarkt werden, um ein weiteres Sinken der Viehanlieferungen zu verhindern.

GR. Ascherl (SPÖ) stellt einige Fragen an den Referenten, welche Maßnahmen und Initiativen erwogen werden, um den Wienerwald zu erhalten.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)Debatte Rechtsangelegenheiten
=====

Wien, 18. 12. (RK) Der Zivilschutz müßte parat stehen, die Bevölkerung müßte entsprechend geschult werden und Luftschutzvorbereitungen sind notwendig, stellte GR. Dr. Tuma (DRP) fest. "Wenn heute Österreich über Nacht besetzt würde, wüßte kein Mensch, was er zu tun hätte."

Wenn man sich nur auf eine geistige Landesverteidigung konzentriert und darüber organisatorische und materielle Voraussetzungen vernachlässigt, bedeutet das ein Aufzäumen des Pferdes am Schwanz.

Ein Manko des Rechtsressorts, findet Dr. Tuma ferner, ist das Fehlen eines legislativen Büros, das alle Landesgesetze auf seine äußere Form und die Vernunft des Inhalts hin kontrolliert. Als Beispiel für mangelnde Koordination auf legislativem Gebiet führt der Gemeinderat das U-Bahnsteuer-Gesetz an, das seiner Meinung nach gewisse Inkonsequenzen enthält.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellte fest, daß man der Verwaltungsgruppe XIII die wesentlichsten Rechtsgenden der Gemeindeverwaltung vorenthalten habe. Die Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten, die Fragen der Verfassung sowie die Komplexe des Verwaltungsrechts und des Wahlrechts hätte man Dr. Krasser zuordnen können. So aber sei ihm als Arbeitsbereich nur ein Butterbrot geblieben, garniert mit dem Zivilschutz und der Rattenbekämpfung, wofür letztere Dr. Krasser nur der Großzügigkeit seines Kollegen Dr. Glück zu verdanken habe.

Die Rattenplage bezeichnete der Redner als "nach wie vor bedeutend". Ursache dafür sei nicht zuletzt das veraltete Kanalnetz der Stadt. Mit dem Aufstellen von Fallen solle man nicht erst bis zum Erscheinen von Ratten warten, sondern schon vorbeugend in rattengefährdeten Gebieten damit beginnen.

Zum Zivilschutz meinte Dr. Schmidt, hier sei die Bereitschaft der Gemeinde Wien äußerst dürftig. Unter anderem sei es versäumt worden, im Zuge des U-Bahn-Baues Schutzräume zu errichten.

Insgesamt äußerte sich Dr. Schmidt zu den 13. Hauptstücken des Budgets der Hoheitsverwaltung, es stelle sich jetzt heraus

daß die Rathauskoalition der alten Art fröhliche Urstände feiere und daß die ÖVP auch weiterhin nichts anderes sei als der treue und gehorsame Partner der sozialistischen Rathausmehrheit.

GR. Dr. Macher (ÖVP) verweist darauf, daß es zu den kommenden Aufgaben dieser Geschäftsgruppe gehört, ein Altstadterhaltungsgesetz zu schaffen, das dem öffentlichen und dem privaten Interesse dient.

Das Gesetz wird Gebote und Verbote für die Liegenschaftseigentümer enthalten was das äußere Aussehen, das der Innenhöfe, Durchgänge und Dachformen betrifft. Hier beginnt die rechtliche Problematik, handelt es sich doch um Einschränkungen der Verfügungsfreiheit, die außerdem noch mit einem nicht unerheblichen Aufwand verbunden sind. Diese Frage wird nach den Grundsätzen des Rechtsstaates geregelt werden müssen. Es kann, wenn es das allgemeine Wohl erfordert, zu Enteignungen geschritten werden, aber gegen angemessene Entschädigung. Auch die Rechtsgrundsätze nach dem Mietengesetz müssen dabei berücksichtigt werden. Es werden sich viele Gehirne damit beschäftigen müssen, wie sie die wirtschaftlichen Lasten mit dem rechtsstaatlichen Prinzip in Übereinstimmung bringen können.

Zum Garagengesetz: Dieses Gesetz ist deshalb so wichtig, weil dem bestehenden Gesetz eine vollkommene Fehleinschätzung der Entwicklung des Wiener Verkehrs zugrunde lag. Das Verhältnis ein Stellplatz zu vier Wohnungen ist längst überholt. Das Garagengesetz soll nicht nach der Bauordnung erstellt werden, sondern zumindest gleichzeitig mit ihr, um eine Parallelität zu gewährleisten.

Die legistische Arbeit habe auch im Bereich der Landesgesetzgebung zugenommen. Gesetzliche Formulierungen und Textierungen sind simultane Übertragungen von technischen, wirtschafts-, sozial und finanzpolitischen Vorschriften in eine Wiener rechtsstaatliche Landesgesetzgebung. Sie wächst zwangsläufig mit der kommunalen Tätigkeit. Wenn die Gruppe XIII eine echte Konzentration auf legislativem Gebiet zustande bringt, was mehr ist als bestehende Rechtsvorschriften zu bereinigen und der heutigen Sprache anzupassen, dann stellt sie eine Koordinationsstelle dar, die im Rechtsbereich das sichert, was auf technische und wirtschaftlichem Gebiet in der Gruppe VI als Planung und Koordination angestrebt wird.

GR. Dr. Gräf (ÖVP) verglich die legislative Tätigkeit der Juristen mit der Arbeit von Designern: die Kunst liege darin, aus mehreren Möglichkeiten die günstigste zu wählen. Gesetze dienen der Ordnung: dieser Ordnung bedarf es umso mehr, je näher die Menschen zusammenrücken müssen. An und für sich sei das Vorhandensein der Ordnung weniger interessant - ihr Fehlen wird aber sofort als höchst unangenehm empfunden.

Hinsichtlich des Zivilschutzes gehen alle Vorschriften ins Leere, wenn die Bevölkerung nicht die Absicht hat, sich selbst zu helfen. Der Zivilschutz sei nicht nur im Kriegsfall von größter Wichtigkeit. Auch bei Katastrophen, ungünstigen Witterungsverhältnissen oder einem Verkehrschaos soll die Bevölkerung wieder zu einer Gemeinschaft werden, die aus eigener Kraft mit den Schwierigkeiten und Problemen fertig wird.

Nicht nur von der budgetären, sondern auch von der menschlichen Seite sollte man das Rechtsressort betrachten, meinte GR. Brosch (SPÖ). Jeder fünfte Wiener hat innerhalb eines Jahres mit einer der Abteilungen der Geschäftsgruppe XIII zu tun, und es kommt vor allem auf den menschlichen Kontakt an, den die Beamten pflegen.

Einige Anregungen: Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb sind notwendig; zu viele Tankstellen im bebauten Gebiet sollten durch die Bauordnung verhindert werden; die in etwa zwei Jahren zu erwartende Bauordnungsnovelle sollte möglichst den letzten technischen Erkenntnissen angepaßt sein; wirksame Baulärmvorschriften sind notwendig; desgleichen Maßnahmen gegen den Lärm von Verkehrsflugzeugen.

Der Zivilschutz müßte zunächst mit Erste-Hilfe-Kursen (auch gegen Atomgefahren) und Rettungsschwimmen einen Anfang machen.

Bei Führerscheinentziehungen müßte zwar mit der Strenge des Gesetzes gehandelt werden, in berücksichtigungswürdigen Fällen aber auch menschlich.

In seinem kurzen Schlußwort ging Stadtrat Dr. Krasser (ÖVP) zunächst auf die Bezeichnung "Butterbrotbudget" (von Dr. Schmidt) ein: Da es sich nur um Verwaltungsagenden handle, habe er von Vizebürgermeister Slavik dafür gar kein "finanzielles Wiener Schnitzel" erwartet.

Krasser schloß sich dem Bedauern darüber an, daß im Zuge des U-Bahn-Baues keine Zivilschutzräume errichtet werden, merkte jedoch an, daß ein solches Vorhaben einen Mehraufwand von fünf Prozent an Baukosten gebracht hätte. Hinsichtlich der Bauordnungsnovelle bemerkte der Stadtrat, bei der Ausarbeitung neuer Bestimmungen werde selbstverständlich der Entwicklung auf dem Baustoffsektor Rechnung getragen werden.

Abstimmung: 13. Hauptstück mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. (Fortsetzung mit Geschäftssitzung des GR. U-Bahn-Hilfe, Wohnbaufonds etc.).

- - -

Debatte Rechtsangelegenheiten (Zusammenfassung)
=====

Wien, 18. 12. (RK) Über die Gruppe XIII, Verschiedene Rechtsangelegenheiten, die ausgabenschwächste Geschäftsgruppe (297.000 Schilling), referierte Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP). Die Ansätze seiner Gruppe wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

In seiner Budgetrede gab Stadtrat Dr. Krasser einen umfangreichen Tätigkeitsbericht aus dem Rechtsbereich der Stadtverwaltung. Der Wert dieser Geschäftsgruppe drücke sich allerdings nicht in den Budgetzahlen aus.

Die Abteilung Bevölkerungswesen registrierte in den ersten elf Monaten 20.203 Geburten, 12.429 Eheschließungen und 26.010 Sterbefälle. Ein Problem, das in letzter Zeit häufiger wird: welchen Familiennamen die Ehefrau zu führen hat, wenn der Gatte Ausländer ist. Hier gibt es in den verschiedenen Staaten verschiedene Vorschriften. Jedoch ist man bei Namensänderungen in dieser Frage äußerst liberal.

Heuer wurden (elf Monate) 58.757 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt. Der Ausbau der Staatsbürgerschaftsevidenz wird zügig fortgesetzt. Sie umfaßt derzeit 635.800 Karteiblätter.

Seit Jänner 1969 ist die Gewerberechtsnovelle 1968 in Kraft, durch die einige Handelstätigkeiten liberalisiert wurden. Wegen Übertretung der Gewerbeordnung wurden im letzten Jahr 1,9 Millionen Strafbeträge eingenommen.

Heuer wurde vor allem an der großen Bauordnungsnovelle gearbeitet, weiter an der Novellierung von Garagengesetz, Kleingartengesetz, Feuerpolizeigesetz u.a. In Ausarbeitung befinden sich Entwürfe des Straßenverwaltungsgesetzes und eines Baulärmgesetzes.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten: Bis 30. November waren beim Verkehrsamt 2.062 Führerscheinentziehungen gemeldet, davon 1.679 wegen Trunkenheit und 36 wegen Fahrerflucht. Die Wiener Polizei kassierte in den ersten zehn Monaten 35,2 Millionen Straf-gelder, die an das Land Wien für Straßenerhaltung abgeführt wurden.

GR.Dr. Tuma (DFP): Die Bevölkerung müßte im Zivilschutz geschult und für den Luftschutz vorbereitet werden. Geistige Landesverteidigung genügt nicht.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, daß der Gruppe XIII die wesentlichsten Rechtsagenden vorenthalten bleiben: Zivil- und Strafrecht, Verfassungs-, Verwaltungsrecht und Wahlrecht. Die Rattenplage sei nach wie vor bedeutend. Zivilschutz: Man hat es versäumt, im Zuge des U-Bahn-Baues Schutzräume vorzusehen.

GR. Dr. Macher (ÖVP): Zu den Aufgaben dieser Gruppe wird es gehören, ein Altstadterhaltungsgesetz zu schaffen, das öffentlichem und privatem Interesse dient. Das neue Garagen-gesetz soll zumindest gleichzeitig mit der Bauordnung erstellt werden.

GR. Dr. Gräf (ÖVP): Die Kunst der legislatischen Tätigkeit liege darin, aus mehreren Möglichkeiten die günstigste zu wählen. Beim Zivilschutz gehen alle Vorschriften ins Leere, wenn die Bevölkerung sich nicht selbst helfen will.

GR. Brosch (SPÖ) gibt einige Anregungen: Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb wären notwendig. Nicht zu viele Tankstellen in verbautem Gebiet, wirksame Baulärmvorschriften, desgleichen Maßnahmen gegen den Lärm von Verkehrsflugzeugen.

- - -

Gemeinderats-Geschäftssitzung (Nachlese)
=====

(Wien, 18. 12. (RK) Nach Abschluß der Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt für 1970 fand eine Geschäfts-sitzung des Gemeinderates statt (siehe auch unsere Berichte über U-Bahnhilfe und neue Richtlinien im Wohnbaufonds). Dabei wurden ohne Debatte 51 Tagesordnungspunkte angenommen, darunter die Haftung für Kredite der Zentralsparkasse an die Heizbetriebe Wien Ges.mBH bis zur Höhe von 400 Millionen Schilling. Das Kuratorium Wiener Pensionistenheime erhält zur Fertigstellung des Pensionistenheimes in Döbling ein unverzinsliches Darlehen von 10,521.000 Schilling, 11,1 Millionen Schilling wurden für die Errichtung des Sonderkindertagesheimes auf dem Ringelseeplatz bewilligt.

Weiter genehmigte der Gemeinderat den Bau eines Ersatzstollens in Neubrück bei Scheibbs, wo die II. Hochquellenleitung schadhaft geworden ist, und eine Erhöhung des Betrages für die Einleitung der Sieben Quellen (von 230 auf 250 Millionen).

Genehmigt wurde auch die Errichtung des 5. Bauteils der Per Albin Hansson-Siedlung Ost (638 Wohnungen, 162 Millionen Schilling) sowie die Errichtung von insgesamt 12 Verkehrslichtsignalanlagen.

- - -

Kommission für bessere Betreuung in Altersheimen
=====

Wien, 18. 12. (RK) GR. Herbert Mayr (SPÖ) beantragte in der Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates am Donnerstag die Einrichtung einer Kommission, die aus zehn Gemeinderatsmitgliedern der SPÖ und vier der ÖVP bestehen soll. Sie hat die Aufgabe, Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung der Betreuung der in den städtischen Altersheimen untergebrachten Mitbürger zu untersuchen und entsprechende Vorschläge zu erstatten. Von der SPÖ werden vorgeschlagen: Stadträtin Maria Jacobi, die Gemeinderäte Franz Gawlik, Josef Srp, Leopoldine Schlinger, Anton Konir, Johann Nimmerrichter, Herbert Dinhof, Margarete Tischler, Franz Rosenberger und Elisabeth Schindler; von der ÖVP die Gemeinderäte Dr. Marga Hubinek, Gertrude Härtel, Walter Lehner und Hans Leinkauf.

GR. Müller (DFP) begrüßte die Schaffung einer derartigen Kommission, verweist jedoch auf die nach der Geschäftsordnung bestehende Möglichkeit, auch Gemeinderäte anderer Fraktionen als beratende Mitglieder miteinzubeziehen. Er stellt einen entsprechenden Zusatz-Antrag.

GR. Herbert Mayr stellt fest, es werde der Kommission obliegen, wen sie einlädt. Sie wird über ihre Tätigkeit berichten und zu diesen Vorschlägen kann diskutiert werden.

Abstimmung: Referentenantrag einstimmig angenommen; der Zusatz-Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt.

- - -

endlich wieder ein hundertjaehriger wiener

12 wien, 18.12. (rk) die vormacht der hundertjaehrigen wienerinnen ist zwar nicht zu brechen, aber immerhin konnte nach laengerer zeit wieder ein wiener den hundertsten geburtstag feiern.

buergermeister bruno m a r e k stattete deshalb donnerstag vormittag herrn august k u r s a v e im altersheim lainz einen besuch ab. das stadtoberhaupt ueberreichte die ehrengeschenke der stadtverwaltung und gratulierte dem jubilar im namen aller wienerinnen und wiener. august kursave wurde in goschuetz/polen geboren. er war von beruf gemeindebeamter.

1255

preisguenstige gemuese- und obstsorten

20 wien, 18.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 5 schilling, kohl 6 schilling und weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse roem. zwei) 5 bis 7 schilling, bananen 6 bis 8 schilling und orangen 5,50 bis 6 schilling je kilogramm.

1447

sitzung des landessanitaetsrates

16 wien, 18.12. (rk) unter dem vorsitz von landeshauptmann
bruno m a r e k trat am donnerstag der wiener landessanitaets-
rat zu einer sitzung zusammen. zunaechst hielt der landeshauptmann
einen nachruf auf professor hans h o f f , der bekanntlich vor
einiger zeit gestorben ist. marek stellte sodann prof. otto
n o v o t n y , den vorstand der universitaetsklinik fuer hals-
nasen- und ohrenerkrankungen als neues mitglied des kollegiums
vor.

nachdem ueber ersuchen von landeshauptmann marek prof.
b r e i t e n e c k e r den vorsitz uebernommen hatte, be-
handelte der sanitaetsrat insgesamt sieben tagesordnungspunkte.
fuer die neubesetzung eines vorstandes des medizinisch-chemischen
zentrallabors im krankenhaus lainz wurde folgender vorschlag
erstellt: 1. dr. michael f i s c h e r , oberarzt in lainz und 2.
dr. wilhelm b i s t j a n c i c , oberarzt im wilhelminenspital.
fuer die neubesetzung der gynaekologie in lainz lautet die terna:
dozent dr. josef a r t n e r von der zweiten frauenklinik an
erster stelle, dozent dr. alfred k r a t o c h w i l , ebenfalls
von der zweiten frauenklinik an zweiter und an dritter stelle
ex equo die oberoerzte dr. karlheinz l o e w und dr. engelbert
p i c h a , beide von der ersten frauenklinik. schliesslich
einigten sich die mitglieder des sanitaetsrates auch auf einen vor-
schlag zur besetzung des vorstandes fuer das roentgeninstitut
von der rudolfstiftung, primo loco dr. gerhard
m e r l i t s c h e k , facharzt an der rudolfstiftung, secondo
loco ex equo dr. Konrad b r e z i n a , oberarzt im franz joseph
spital und primarius dr. kurt s t e l l a m o r vom
spital der barmherzigen brueder sowie tertia loco dr. herbert
s c h r a t t e r , oberarzt an der zweiten chirurgischen
universitaetsklinik.

wiener budget von spoe und oevp beschlossen

21 wien, 18.12. (rk) im anschluss an die behandlung der geschaeftsgruppe dreizehn brachte der vorsitzende den voranschlag der bundeshauptstadt wien fuer das jahr 1970 in seiner gesamtheit zur abstimmung. nach siebentaegiger debatte wurde das budget mit den stimmen von spoe und oevp angenommen. ebenso wurden die antraege auf ueberpruefung der gebuehren angenommen.

die beratungen werden morgen freitag, den 19. dezember, mit der behandlung der wirtschaftsplaene der wiener stadtwerke (referent stadtrat nekula, spoe) fortgesetzt und abgeschlossen. vorher (9 uhr) findet eine sitzung des wiener landtages statt.

1539

schweinenachmarkt vom 18. dezember

24 wien, 18.12. (rk) unverkauft vom vormarkt O. neuzufuehren: 147, davon 147 durchlaeufer, verkauft alles. laut mitteilung der magistratsabteilung 60 60 schweine aus der ddr. marktverkehr ruhig, hauptmarktpreise.

pferde- und rindernachmarkt vom 18. dezember

25 wien, 18.12. (rk) kein auftrieb.

1652